

Phoenix e.V.
Marianne Rademacher
Escherstr. 25
30159 Hannover



01.08.2022
sk

Per E-Mail: kontakt@phoenix-beratung.de

Beantwortung der Anfrage

Sehr geehrte Frau Rademacher,

vielen Dank für Ihre Mail. Damit Sie sich ein umfangreiches Bild über die Ziele und Maßnahmen der CDU in Niedersachsen für die nächste Legislaturperiode in Niedersachsen machen können, beantworten wir sehr gerne Ihre Fragen.

Antworten auf die Fragen des Phoenix e.V. zur niedersächsischen Landtagswahl 2022

Thema: Sexarbeit:

- 1. Hat Ihre Partei eine grundsätzliche Haltung zu Sexarbeit? (Ja: Wie sieht diese aus?/ Nein: Warum gibt es bis dato keine Haltung Ihrer Partei?)**

Sexarbeit ist kein alltäglicher Beruf und immer noch mit vielen Vorurteilen behaftet. Die Branche ist vielfältiger als auf den ersten Blick zu sehen und unsere Gesellschaft öffnet sich diesem Thema immer mehr. Aus politischer Sicht ist uns wichtig, dass die Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter aus freien Stücken ihrem Beruf oder Tätigkeit nachgehen. Nach wie vor sehen wir viele Graustufen der körperlichen Ausbeutung oder der Kriminalität, gerade im Bereich der Prostitution, die von der Politik ein genaues Hinsehen verlangen.

- 2. Erkennt Ihre Partei Sexarbeit als Erwerbstätigkeit an? (Ja: weil?/ Nein: weil?)**

Im Sinne des Arbeitsrechts gehen Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach. Als CDU in Niedersachsen ist für uns elementar, dass die Erwerbstätigen weder sozial noch physisch ausgebeutet werden und wie andere Erwerbstätige auch ihren Lebensunterhalt bestreiten und Vorsorge für die Zukunft betreiben können.

Illegale oder gar strafrechtlich relevante geschäftliche Praktiken lehnen wir selbstverständlich ab.

- 3. Wenn sie Sexarbeit ablehnen, wie begründen Sie die damit einhergehenden Einschränkungen der Grundrechte (Artikel 1+2+3 GG, Artikel 12 GG, Artikel 13 GG, Artikel 19 GG) für Sexarbeitende?**

-/-

- 4. Wenn Sie Sexarbeit anerkennen, wie stehen Sie zur Diskriminierung von Sexarbeitenden und Kund*innen (z.B. regelmäßige gesundheitliche Beratungs- und ordnungsrechtliche Anmeldepflicht, Beweislastumkehrung für Kund*innen)?**

Mit dem Prostituiertenschutzgesetz wurde 2016 eine Anmeldepflicht für Prostituierte eingeführt. Zu der Anmeldung gehört eine Beratung über Hilfsangebote, Rechte und Pflichten. Zusätzlich wurde eine verpflichtende Gesundheitsberatung beschlossen. Prostituierte müssen bis zu ihrem 21. Lebensjahr die Gesundheitsberatung alle sechs Monate aufsuchen, danach jährlich. Die persönliche Anmeldung und die medizinische Beratung sind keine Diskriminierung, sondern dienen dem Schutz der Prostituierten, die so die Möglichkeit zur Kontaktaufnahme außerhalb des Milieus erhalten.

- 5. Gibt es Ihrer Partei Kontakte/ einen Austausch mit Akteur*innen der Sexarbeit (z.B. Berufsverbände)?**

Ein regelmäßiger Austausch war in der laufenden Wahlperiode unter den bestehenden Rahmenbedingungen schwierig. Es gab Einzelgespräche, der Kontakt sollte aber auf alle Fälle intensiviert werden.

Thema: Fachberatungsstelle Phoenix:

- 6. Da das niedersachsenweite Phoenix Projekt zur Stärkung von migrierten Sexarbeitenden durch aufsuchende Sozialarbeit Ende des Jahres 2022 ausläuft, bedarf es einer Weiterfinanzierung. Wir Ihre Partei sich für eine Fortführung bzw. Verstetigung des Projektes ab 2023 einsetzen? (Falls Nein: Wie will Ihre Partei im Flächenland Niedersachsen Zugänge zu Prävention, Hilfs- und Beratungsangeboten und gesundheitliche Versorgung für Sexarbeitende sicherstellen?)**

Die in Niedersachsen vorhandenen Beratungsstellen für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter sowie von Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung Betroffene werden wir weiter finanziell unterstützen.

- 7. Wir Ihre Partei sich für eine Verstetigung der Finanzierung der seit 1989 erfolgreich tätigen und einzigen Fachberatungsstelle für Sexarbeitende in Niedersachsen Phoenix einsetzen?**

Ob anstelle der bisherigen Projektförderung ab 2023 eine institutionelle Förderung in Frage kommt, ist nach den geltenden Maßstäben des Haushaltsrechts zu beurteilen.

Mit den Menschen in Niedersachsen wollen wir gemeinsam unser Land nach vorne bringen. Am 9. Juli 2022 wurde nach einer 18-monatigen Beratungs- und Arbeitsphase unser Regierungsprogramm auf dem CDU-Landesparteitag verabschiedet. Dort finden Sie viele weitere Anliegen und Projekte, welche die CDU in Niedersachsen und unser Spitzenkandidat Bernd Althusmann ab dem 9. Oktober 2022 in Niedersachsen umsetzen wollen.

Alles Gute für Sie und bleiben Sie gesund!

Mit freundlichen Grüßen

Ihre CDU in Niedersachsen